

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 76 Berlin und Bonn

1. Dezember 2022



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Starkregenkarte

(BS) Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) mit Sitz in Frankfurt am Main ist eine Bundesoberbehörde, die an vielen Stellen noch unbekannt ist. Mit Sicherheit wird sie jetzt durch die Veröffentlichung der Starkregenkarte für ganz Deutschland bekannter.

Diese Karte ist das Ergebnis eines großen Projektes, bei dem unter Verwendungen von hoch aufgelösten und Höhen genauen Karten simuliert wurde, wohin Wasser bei Starkregenereignissen abfließen könnte. Anhand dieser Karte kann man feststellen, wo welche Maßnahmen erforderlich sind, um nicht von plötzlich anschwellenden (Neben-)flüssen und Bächen überrascht zu werden. Diese Ergebnisse liegen 1,5 Jahre nach den Starkregenereignissen an der Ahr und der Erft vor, haben jedoch einen erheblich längeren Planungs- und Berechnungsvorlauf.

Es liegt nun mehr an den zuständigen Behörden in den Kommunen, den Kreisen und den Ländern diese Erkenntnisse, bei Planungen und Vorbereitung umzusetzen. Auch im konkreten Einsatz nach Starkregenfällen werden diese Unterlagen nützlich sein. Fazit: Ein Schritt in die richtige Richtung, der hoffentlich vieles bewirken kann.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

KRITIS-Schutz soll erhöht werden

(BS) In Deutschland ist eine Zeitenwende notwendig. Und zwar auf mehreren Ebenen: strategisch und mental. Das betonte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf der diesjährigen Berliner Sicherheitskonferenz (BSC) des Behörden Spiegel.

Hierbei werde die neue nationale Sicherheitsstrategie helfen, die derzeit erarbeitet werde, zeigte sich der Regierungschef überzeugt. Leitbild dieser Strategie werde eine integrierte Sicherheitspolitik sein, bei der die verschiedenen Dimensionen der Sicherheit enger miteinander verzahnt würden. Darin wiederfinden würden sich definitiv die Beistandspflicht im Rahmen der NATO, der Ausbau der deutschen Verteidigungsfähigkeit und die Stärkung der inneren Widerstandsfähigkeit, so Scholz. Zu Letzterer gehöre u. a. der Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) vor Cyber-Attacken. In diesem Bereich sei Deutschland momentan noch anfällig. Zudem gehe es darum, Lieferketten weiter zu diversifizieren.

Eines ist dem Bundeskanzler in Hinblick auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine besonders wichtig: "Ein nuklear ausgetragener Krieg darf nie Realität wer-



Premierminister Jonas Gahr Støre (zweiter von links) und Bundeskanzler Olaf Scholz wollen den KRITIS-Schutz verbessern.

Foto: BS/Trenkel

den." Dieser Grundsatz müsse Basis allen politischen Handelns sein. Hier war sich der deutsche Bundeskanzler absolut einig mit dem norwegischen Premierminister Jonas Gahr Støre. Auch dieser sieht eine Zeitenwende aufgrund des russischen Krieges und dessen Folgen. Støre verlangt: "Russland muss diesen Krieg beenden."

Sein Land stehe zur NATO, so der Regierungschef, der auch die deutsch-norwegische Kooperation auf den verschiedensten Feldern lobte. Dazu gehörten neben der Verteidigung auch der KRITIS-Schutz. In diesen solle weiter intensiviert werden, kündigte Bundeskanzler Scholz an. Bereits jetzt arbeiteten Deutschlands und Norwegens Marine hier in der Ostsee eng zusammen.

Jeden Dienstag neu

Behördenwissen zum Reinhören

- Aktuelles zum Öffentlichen Dienst
- Interviews mit Studiogästen
- Kommentar zur Lage des Öffentlichen Dienstes
- Relevante und fundierte Hintergrundanalysen

behoerden-spiegel.de/podcast



PUBLIC SECTOR
INSIDER

Der Podcast des
Behörden Spiegel

Kommentar: Bitte nicht in den Wahlkampf

(BS) In Berlin wird inzwischen fast täglich der Ausnahmezustand Rettungsdienst ausgerufen, teilweise sogar mehrmals am Tag. Der Rettungsdienst ist massiv unter Druck. Es braucht dringend gesetzliche Veränderungen. Aber die wird es aufgrund eines offensichtlichen Wahlkampfmanövers der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung nicht geben. Denn die Behörde der Grünen-Politikerin Ulrike Gote hat die Vorschläge der Innenverwaltung zur Reform des Rettungsdienstgesetzes brüsk abgelehnt.

Dabei wurde auch der Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen seitens der Gesundheitsverwaltung massiv angegangen. Und das völlig zu Unrecht. Denn es stimmt zwar, dass der Ärztliche Leiter Rettungsdienst das medizinische Qualitätsmanagement und die fachliche Gesamtkonzeption der präklinischen Patientenversorgung und -betreuung verantwortet. Auch legt er, der Teil der Behördenleitung ist, die hierzu erforderlichen Grundsätze fest und sorgt für die Einhaltung notfallmedizinischer Standards sowie das Erreichen der Schutzziele. Er ist also in medizinischen Fragen die Nummer eins der Berliner Feuerwehrr.

Der Landesbranddirektor aber trägt die Gesamtverantwortung für die Aufgabenerledigung. Somit ist er die absolute Nummer eins der Behörde, auch wenn er gegenüber dem Ärztlichen Leiter Rettungsdienst in medizinischen Angelegenheiten keine Weisungsbefugnis besitzt. Homrighausen, nicht der Ärztliche Leiter Rettungsdienst, muss sich gegenüber der Senatsinnen-



Wahlkampf mit dem Thema Rettungsdienst? Eher keine gute Idee.

Foto: BS/Martin Jäger, pixelio.de

verwaltung rechtfertigen. Angesichts der zeitlichen Abläufe – in Berlin stehen Mitte Februar kommenden Jahres Wiederholungswahlen zum Abgeordnetenhaus an – und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich die Senatsgesundheitsverwaltung in der Vergangenheit so gut wie gar nicht für die Reform des Rettungsdienstgesetzes interessiert hat, entsteht nun der Eindruck eines wahlpolitisch motivierten Vorgehens der Gesundheitsverwaltung. Und dass, obwohl die Koalitionäre öffentlich anderes versprochen hatten.

Außerdem stellt sich die Frage, inwiefern Angehörige der Behördenleitung der Berliner Feuerwehr mithilfe von Multiplikatoren im politischen Raum hier ihre eigene Interessens- und Klientelpolitik verfolgen. Und zwar zulasten der Beschäftigten im Rettungsdienst und der Versorgungssicherheit in der Bundeshauptstadt. Dem Vertrauen in die Verlässlichkeit von Politik ist das sicherlich nicht zuträglich.

Marco Feldmann

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter "Netzwerk Sicherheit"](#)

28. November:

- Wieder Dunkelfeldstudie in Niedersachsen

[Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" 28. November:](#)

- Russia's war of aggression, a case of failed deterrence

[Newsletter "Digitaler Staat und Cyber Security" 30. November:](#)

- Deep Learning – Hype oder veritable Option für die Flugsicherung?

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Sozialkompetent dank Schnecke und Schwein

PODCASTS

[Podcast "Public Sector Insider"](#)

29. November:

- Das Hobby zum Beruf gemacht

[Podcast "Public Sector Insider Stichwort" vom 23. November:](#)

- Stadt in Daten

[Podcast "Voices in Defence" vom 7. November:](#)

- Founders an der UniBw

DAS E-JOURNAL.

Dein Newsfeed. Dein Ratgeber.
Deine Plattform für den
Öffentlichen Dienst von morgen.

www.f4p.online



DFV-Verbindungsbüro beim BBK eröffnet

(BS) Im Zuge einer gemeinsamen Kooperationsvereinbarung des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV) und des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) wurde ein ständiges Verbindungsbüro des Verbands beim Bundesamt eingerichtet. Die erste Verbindungsperson ist Benno Fritzen.

Das Büro soll die Zusammenarbeit zwischen dem Amt und dem Verband stärken und vertiefen. Fritzen hat die Aufgabe, das BBK in Fragen des Brand- und Hilfeleistungssystems der Feuerwehren sowie in Fragen des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz zu beraten. Im Fokus dabei stehen die Gewinnung von ehrenamtlichen Kräften, die Ausbildung dieser Kräfte sowie die Einbindung von Spontanhelferinnen und



Die DFV-Verbindungsperson im BBK, Benno Fritzen, nimmt von BBK-Präsident Ralph Tiesler die Schlüsselkarte des Büros entgegen.

Foto: BS/BBK/Klösges

-helfern in Krisenlagen. Fritzen wird zukünftig auch das Bundesamt als Fachberater in Angelegenheiten des Risiko- und Krisenmanagements im Bevölkerungsschutz zur Verfügung stehen. Zudem soll er auch als

Ansprechpartner für den Ausbau und die Ausstattung des Bevölkerungsschutzes sowie die Ausbildung von Führungskräften dienen.

"Das BBK ist sehr an der Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Akteuren des Bevölkerungsschutzes interessiert. Insofern freut es mich ungemein, die Kooperation mit dem DFV als dem Spitzenverband des deutschen Feuerwehrwesens in Zukunft noch enger gestalten und uns auf direktem Wege austauschen zu können, zumal mit Benno Fritzen ein ausgewiesener Experte im Bereich Brand- und Katastrophenschutz als Verbindungsperson gewonnen werden konnte, um die Belange der Feuerwehren zu vertreten und deren Expertise ins BBK einbringen zu können", erklärte Ralph Tiesler, Präsident des BBK.

N55P

atmungsaktiv
superflexibel
ultraleicht

EN 388 EN ISO 13997 EN 407
A4
4X43DP XIXXXX

SPEEDSAFE
Schnittschutz der Meisterklasse

Mini Tower®
SPEEDSAFE
10.L
Akkuleuchte

POLIZEI

Tower®
SPEEDSAFE

Blendfreies mobiles
Licht in **XXL** in 20 Sekunden
stromnetzunabhängig

NEU
Aurel
LED

POLIZEI

**Mobile
Kontrollstelle**

POLIZEI

Kontrolle

SPEEDSAFE
BULLETPROOF 003-2-20

Beschußsicherung

Speedsafe Jürgen Fleischhauer · Dechenstr. 29 · D-44147 Dortmund
Tel.: 0231 / 728 02 43 · www.speedsafe.de · info@speedsafe.de

SPEEDSAFE
Ihr Spezialist für Einsatzmittel

ST beschafft weitere Feuerwehrfahrzeuge

(BS) Das Land Sachsen-Anhalt wird auch im kommenden Jahr zentral Feuerwehrfahrzeuge für die Kommunen beschaffen. 38 neue Fahrzeuge sind im Ausschreibungsverfahren vorgesehen. Die Auslieferung wird im Jahr 2024 erfolgen.

Bei den ausgeschriebenen Fahrzeugen handelt es sich um 19 Löschfahrzeuge vom Typ MLF und acht Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeuge vom Typ HLF 20. Des Weiteren sieht die Ausschreibung die Anschaffung von elf Tanklöschfahrzeugen vom Typ TLF 3000 St vor.

Zusätzlich ist geplant, auch im Jahr 2025 etwa 40 weitere Fahrzeuge zu beschaffen. Deshalb laufen die Vorbereitungen für die zentrale Beschaffung der Löschgruppenfahrzeuge des Typs LF 10 und LF 20 bereits. Auch Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeuge des Typs HLF 10 sind in dieser Beschaffungsmaßnahme bedacht.

Sachsen-Anhalt fördert den Kauf der neuen Fahrzeuge in beiden Jahren mit insgesamt rund 10,5 Millionen Euro. Damit übernimmt das Land etwa ein Drittel der Gesamt-Investitionssumme. Diese wird für alle Fahrzeuge in den Jahren 2024 und 2025 insgesamt rund 30 Millionen Euro betragen.

Um Fördermittel im Rahmen der freiwilligen Förderprogramme zu erhalten, reichen die Kommunen entsprechende Anträge ein. Diese werden vom Landesverwaltungsamt geprüft. Sofern dann tatsächlich auch Haushaltsmittel in entsprechender Höhe zur Verfügung stehen, gewährt das Ministerium für



Das Land Sachsen-Anhalt stellt in den Jahren 2024 und 2025 etwa 10,5 Millionen Euro Fördermittel zur Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen in den Kommunen bereit.

Foto: BS/Mylene2401, pixabay.com

Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt die beantragten fahrzeugtypenabhängigen Festbetragsförderungen und stellt die zentrale Beschaffung bis zur abschließenden Übergabe der Einsatzfahrzeuge an die Kommunen sicher.

“Mit der Großinvestition der Feuerwehrfahrzeuge bekennt sich das Land klar zum Brandschutz und unterstützt weiter die wichtige Arbeit unserer Feuerwehren im Land. Mit den modernen Fahrzeugen erhalten die Kameradinnen und Kameraden das nötige Rüstzeug, um für die Einsatzherausforderungen bestmöglich gewappnet zu sein“, äußert sich die sachsen-anhaltische Innenministerin Dr. Tamara Zieschang (CDU) zum Sachverhalt. Man wolle auch in Zukunft weiter in die Ausstattung der Feuerwehren investieren.

BBK beschafft Zelte

(BS) Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) beschafft drei Großzelte mit autarker und regenerativer Energieversorgung. Mit der Beschaffungsmaßnahme erhofft man sich einen Erkenntnisgewinn bei der Erprobung solcher Ausstattungsgegenstände.

Auch zukünftige Beschaffungen im Blick

Insbesondere die Themenbereiche erneuerbare Energien und feldmäßige Unterbringung seien relevant für zukünftige Beschaffungen der ergänzenden Ausstattung, heißt es vom Bundesamt. Die Zelte, die für die Unterbringung von Fahrzeugen, Ausstattung und Personal gedacht sind, werden bei der Firma Inhag beschafft. Die regenerative Energieversorgung stammt vom Unternehmen AXSOL. Damit seien die Zelte autark und gut für einen nachhaltigen, resilienten Zivilschutzeinsatz geeignet. Mit der Energieversorgung können Zeltgebläse, Beleuchtung und Ladegeräte für Fahrzeuge betrieben werden.

Mittels eines Lithium-Eisenphosphat-Batteriespeichers mit mindestens 50 kWh Effektivkapazität soll die erzeugte Energie eines Direkt-Methanol-Brennstoffzellensystems, einer faltbaren Photovoltaik-Anlage und eines Notstromaggregats zwischengespeichert werden. Dieser Speicher soll die Energie dann bedarfsgerecht abgeben. Gesteuert wird die Energieerzeugung und -abgabe über ein intelligentes Energiemanagementsystems.

Kein Blackout erwartet

(BS) Wie sollen sich Bürgerinnen und Bürger auf einen Stromausfall vorbereiten? Das erklärt Ralph Tiesler, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), im Interview. Zudem erklärt er, wie er sich die Zukunft der Zusammenarbeit zwischen Bund und den Ländern im Katastrophenschutz vorstellt. Die Fragen stellte Uwe Proll und Bennet Biskup-Klawon.



Ralph Tiesler ist seit Juni dieses Jahres Präsident des BBK.

Foto: BS/Henning Schacht

Behörden Spiegel: Was sind die Herausforderungen, denen sich das Amt in nächster Zeit aufgrund der aktuellen Lage gegenüber sieht?

Ralph Tiesler: Wir befinden uns seit über zwei Jahren in einem ständigen Krisenmodus, in sogenannten Mehrfachlagen, das heißt verschiedene Krisen finden zeitgleich statt. Wir erleben parallel die Corona-Pandemie, eine zunehmende Flüchtlingssituation und jetzt den Ukraine-Krieg. Besonders im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine haben Themen wie Stromausfälle und Fragen der Sicherheit in der Energieversorgung einen neuen Stellenwert im öffentlichen Diskurs erhalten. Daraus ergeben sich mehrere Herausforderungen. Zum einen rückt insbesondere für uns als BBK die Bevölkerungsinformation in den Fokus. Fragen dabei sind: Wie können wir den Menschen dabei helfen, gut und sicher durch den nächsten Winter zu kommen? Es adressiert aber auch Themen der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung. Die Ereignis-

nisse im Ahrtal im letzten Jahr haben uns nochmal sehr deutlich gemacht, dass die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren des Bevölkerungsschutzes verbesserungswürdig ist. Für mich persönlich ist es wichtig, dass wir uns in diesem Zusammenhang noch stärker und vor allem ganzheitlich betrachtet mit Themen wie den Schutz von Kritischen Infrastrukturen und Resilienz gemeinsam mit Bund und Ländern auseinandersetzen.

Behörden Spiegel: Der Haushaltsentwurf des Bundes für 2023 sieht massive Kürzungen im Bevölkerungsschutz vor. Auch Ihr Amt soll substanziell sparen. Wird es so kommen?

Tiesler: Dies ist der erste Regierungsentwurf gewesen. Der ist in der Tat nicht ausreichend für das, was die Ministerin im Neustartprogramm vorgestellt hat. Für uns bedeutet das: Wir müssen in den Haushalts-

verhandlungen in diesem Jahr nachlegen. Wir sind zwar mit mehr Personal bedacht worden, und das ist ein erster guter Schritt in die richtige Richtung. Aber wir brauchen auch ausreichend finanzielle Mittel für weitere Warnmittel, für eine bessere Ausstattung und für eine bessere Kommunikation mit der Bevölkerung und zwischen den Akteuren. Es wird deswegen sehr wichtig sein, mit dem Parlament ins Gespräch zu kommen, um beim endgültigen Regierungsentwurf für das nächste Haushaltsjahr nochmal nachzulegen.

Behörden Spiegel: Katastrophenschutz ist nach dem Grundgesetz Ländersache. Dennoch wird immer wieder Unterstützung seitens des Bundes gefordert. Wie kann man die Länder dazu bewegen, mehr Geld für den Katastrophenschutz bereitzustellen?

Tiesler: Es gibt einen Vorschlag der Länder: ein Zehn-Milliarden-Programm in zehn Jahren. Dieses Programm ist durchaus fachlich zwischen Bund und Ländern akzeptiert. Die Ministerin hat gesagt, dass sie sich vorstellen kann, dass der Bund einen großen Teil dieser Kosten tragen könne. Die genaue Teilung zwischen Bund und Ländern ist jetzt Gegenstand der Verhandlungen. Ich bin mir sicher, wenn der Bund jetzt hier etwas vorlegt, dass die Länder dann nachziehen werden. Denn es kann nicht sein, dass hier nur der Bund aufgefordert ist.

Fortsetzung auf Seite 6



Zukunft – Stadt und Region

WEBINAR.



Nachverdichtungspotenziale aufdecken mit KI gestützten Planungswerkzeugen

Donnerstag, 19. Januar 2023, 14:00 – 15:30 Uhr



Matthias Zühlke
Gründer und CEO, syte GmbH

Julian Peveling
Immobilienpezialist, Sparkassen Immobilien GmbH

Grafik: © VectorMine, stock.adobe.com

Fortsetzung von Seite 5

Denn Bevölkerungsschutz ist quasi eine Gemeinschaftsaufgabe, die von Bund und Ländern gemeinsamen getragen werden muss.

Behörden Spiegel: *Wo liegen die größten Probleme bei der Resilienz in Deutschland?*

Tiesler: Für mich stehen die Menschen in unserer Gesellschaft an erster Stelle. Wir müssen mit der Bevölkerung, also mit jeder und jedem Einzelnen, eine andere, eine dialogorientiertere Kommunikation finden. Sie sind ganz wichtige Akteure in der Bewältigung von Krisen. Dazu zählt vor allem, dass die Menschen sich nicht mehr ohnmächtig in einer Krisensituation fühlen dürfen. Wir müssen die Menschen im Rahmen einer Sicherheitspartnerschaft ernst nehmen, und das tun wir als BBK auch. Wir müssen ihre Kompetenzen stärken, wozu beispielsweise auch die Bevorratung gehört. Für Politik und Wirtschaft ist die Resilienz im Bereich Kritischer Infrastrukturen ein wichtiger Faktor. Die jüngsten Ereignisse, ob es nun die Cyber-

Sicherheit oder physische Gefahren betrifft, wie bei der Sabotage der Ostseepipeline, beschäftigen uns sehr. Das sind Themen, die ebenso in die Resilienz Betrachtung einfließen müssen. Hier kommt dann auch die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren im Bevölkerungsschutz und darüber hinaus ins Zentrum. Wir brauchen bessere und nachhaltige Strukturen der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Ebenen, aber auch zwischen den verschiedenen Akteuren. Die Resilienzstrategie bietet hierfür eine wichtige Grundlage.

Behörden Spiegel: *Das Thema Bevorratung sorgt immer wieder für Diskussion. Müssen die Menschen die Bevorratungsliste des BBK für einen Blackout abarbeiten?*

Tiesler: Im Augenblick liegen uns, dem BBK und der Bundesnetzagentur, keine Erkenntnisse vor, dass wir langandauernde großflächige Stromausfälle zu erwarten haben. Wahrscheinlicher ist, dass wir kleinräumige und kurz andauernde Stromausfälle erleben könnten, die nötig werden, um die Anlagen bei Überlastung der Netze zu schützen.

Da das niemand seriös ausschließen kann, empfehlen wir, sich auf Stromausfälle vorzubereiten, beispielsweise mit einem Vorrat von drei Tagen. Uns geht es nicht darum, dass die Menschen unsere Checkliste akribisch abarbeiten. Uns ist es wichtig, dass sie überhaupt etwas tun. Weil etwas aktiv zu tun bedeutet, dass der Mensch nicht ohnmächtig und hilflos ist und sich den Situationen nicht ausgeliefert fühlt. Sondern es macht ihn stark, schafft Selbstwirksamkeit und stärkt das Gefühl von Sicherheit, denn mit jedem kleinen Schritt, den der und die Einzelne tut, trägt er zu einer gesamtgesellschaftlichen Resilienz bei. Außerdem ist das ein wertvoller Beitrag, der das Hilfeleistungssystem entlastet. Das verschafft uns die Möglichkeit im Ernstfall vor allem für die Vulnerablen in unserer Gesellschaft zu sorgen, die sich nicht selbst schützen können. Die Bürgerinnen und Bürger leisten so einen Beitrag für diese Gemeinschaft. Ich halte das in diesen Zeiten für ein starkes Zeichen der Solidarität.

Das vollständige Video-Interview findet sich in der Mediathek [hier](#).

DWD: Erweiterung

(BS) Der Deutsche Wetterdienst (DWD) verbessert sein online einsehbares Bodenfeuchteviewer weiter. Ab sofort können Interessierte den zeitlichen Verlauf der berechneten Bodenfeuchte nicht nur im Überblick für ganz Deutschland selbst recherchieren, sondern auch für bundesweit rund 300 Wetterstationen.

Die Stationsgrafiken oder -tabellen zeigen den Bodenfeuchteverlauf in der Schicht null bis 60 Zentimeter Tiefe unter Gras bei sandigem Lehm für das aktuelle Jahr, das Vorjahr, den Mittelwert sowie die Extremwerte der Referenzperiode 1991 bis 2020. Der DWD bietet [alle Informationen des Bodenfeuchteviewers](#) seit Juni vergangenen Jahres kostenlos im Internet an.

Es ermöglicht, schnell und einfach detaillierte Fakten zur Bodenfeuchtesituation, Trockenheit, klimatischen Wasserbilanz sowie aktuelle Bodenwasserberechnungen und Niederschlagssummen abzurufen.

DIGITALER  STAAT

EXPERTISE

FIM ganzheitlich gedacht

Eine gelungene Umsetzung im Land Sachsen-Anhalt

Dienstag, 6. Dezember 2022, 10:30 – 12:00 Uhr



Jörg Rudowski, Ministerialrat
Leiter Referat „Digitale Verwaltung und Informationstechnik“, Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt



Thorsten Auriga
ARIS Solution Engineer, Software AG



Lisa Heinemann
FIM Landesredaktion, Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt



Alexandra Beul
FIM Landesredaktion, Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt

Datenschutz in einer Hybrid Work-Welt

Donnerstag, 8. Dezember 2022, 14:00 – 15:30 Uhr



Peter Schaar
Vorsitzender der Europäischen Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz, BfDI a.D.



Sascha Lobo
Autor und Publizist



Uwe Peter
Geschäftsführer, Cisco Deutschland



Anton Döschl
Architecture Lead Collaboration, Cisco

www.digitaler-staat.online

Diese Karte rettet Leben

(BS) Die Auswirkungen des Klimawandels werden an Katastrophen wie den Überschwemmungen am Ahrtal schmerzhaft deutlich. Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) versucht durch das Erstellen einer bundesweiten Hinweiskarte für Starkregengefahren beim Umgang mit der Bedrohung zu unterstützen.

Als eine der größten Herausforderungen der Menschheitsgeschichte bezeichnet Prof. Dr. Paul Becker, Präsident des BKG, den Klimawandel. Eine Herausforderung die Anpassungsprozesse notwendig mache, zu denen auch die Geodäsie einen Beitrag leisten könne. Insbesondere die Beobachtung von Wasser sei eine bedeutende Stellschraube.

Denn kommt es zu Starkregen, entscheidet die Frage, wo und wie schnell das Wasser abfließt, potenziell über Leben und Tod. "Gerade mit solchen Starkregenereignissen ist durch die Verwerfungen des Klimawandels vermehrt zu rechnen", stellt Dr. Martin Lenk, Abteilungsleiter beim BKG, fest. Auf eine konzentrierte Fläche prasseln exorbitante Regenmengen ein, bis das Kanalisationssystem und die Geländeoberflächen die Wassermassen nicht mehr abführen können. Die katastrophalen Konsequenzen eines derartigen Ereignisses wurden im Sommer 2021 vor Augen geführt. Der Experte betont daher: "Prävention ist entscheidend."

Das BKG lässt sich in die Karten schauen

Das BKG trägt seit 2019 mit einem Pilotprojekt zu diesen Präventionsmaßnahmen bei. Die landesweite Hinweiskarte für Starkregengefahren in Nordrhein-Westfalen erlaubt es - für die Öffentlichkeit zugänglich - Informationen zu gefährdeten Bereichen abzufragen. Damit sei ein wichtiges Instrument, um risikobehaftete Bereiche zu identifizieren, geschaffen.

Wo drohen Gefahren? Wo kann man im Katastrophenfall Unterschlupf finden? Solche, im Ernstfall lebensentscheidenden Fragen können mithilfe der Karte beantwortet werden. Lenk betont jedoch, dass die Karte nicht die kommunalen Risikokarten verdrängt. Vielmehr sei sie als zusätzliche Hilfestellung gedacht. Durch Verknüpfung

mit den kommunalen und regionalen Daten soll so ein umfassendes und aussagekräftiges Gefahrenbild entstehen. Denn erst die Kombination kommunaler und landesübergreifender Karten erlaube eine umfassende und aussagekräftige Prognose über mögliche Gefahrenstellen.

Die Hinweiskarte für Starkregen in NRW entblößt jedoch eine Problematik des Fleckenteppichs der Risikokarten in Deutschland. Die Daten sind mitunter unterschiedlich aufbereitet und unterscheiden sich in ihrem Detailgrad. Die Bundesregierung hat deshalb im Koalitionsvertrag die Ausweitung des Pilotprojektes in NRW auf die gesamte Bundesrepublik beschlossen. Zunächst erscheint im beginnenden Jahr 2023 eine Karte, die Aufschluss über Risikolagen in Ost- und Norddeutschland gibt. Bis 2025 soll eine deutschlandweite Hinweiskarte für Starkregengefahren folgen. Auch diese Daten werden auf der Internetpräsenz des BKG für die Öffentlichkeit uneingeschränkt verfügbar sein. Als interaktiv gestaltetes Medium steht es den Besuchern dabei frei, Informationen zu filtern, wenn sie die Karte konsultieren.

Nicht nur der Überfluss wird zur Gefahr

Jedoch äußern sich die Auswirkungen des Klimawandels nicht nur durch Starkregenereignisse. Nebst dem Überfluss an Wasser kann auch dessen Mangel gravierende Folgen haben. Die Dürren der letzten Jahre und der Blick in die südlicheren Lagen Europas verdeutlichen diesen Umstand. Dabei ist extremes Wasservolumen an beiden Enden der Mengen-Skala nicht nur Symptom der Krankheit. Der globale Wasserhaushalt ist auch selbst Indikator für den Klimawandel. Denn Menschen nehmen gravierenden Einfluss auf die globale Wassermenge. Folgerichtig besteht großes Interesse daran, herauszufinden, ob die Grundwassermenge ab- oder zunimmt. Dazu bedarf es solider Messdaten. "Gutes Monitoring ist essenziell", betont Dr. Johannes Boumann. Boumann steht als Experte für Geodäsie diesem Fachbereich am BKG vor.

Das konkrete Ausmaß der Wassermenge im Grund kann jedoch nur lokal bemessen



Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) will mit einer interaktiven Karte deutschlandweit ab 2025 auf Starkregengefahren hinweisen.

Foto: BS/Benfe, pixabay.com

werden. Deshalb greifen Forschende auf Modelle zurück, um über den lokalen Kontext hinaus Aussagen zu treffen. Modelle stellen ihrem Wesen nach jedoch immer nur eine Annäherung dar. Das BKG ist deshalb an Bestrebungen beteiligt, alternative Messdaten für die Grundwassermenge auszuloten. So können über eine sogenannte Schwerebeschleunigungsmessung Aussagen über die Grundwassermenge getroffen werden. Bei diesem Verfahren wird die Gravitation und damit die Masse der Erde an einem bestimmten Punkt oder einer Fläche bestimmt. Diese, nicht über Modelle gemittelte Methode, findet bereits bei der Bestimmung des Grundwasservolumens großer Flächen Anwendung. Im Orbit kreisende Satelliten liefern die notwendige Datengrundlage.

Um aber auch im Detail Aussagentreffen zu können, betreibt das BKG seit 20 Jahren mit supraleitenden Gravimetern ausgestattete Messstationen. Unter Bezugnahme dieser ultralokalen Datensammlung können Prognosen getätigt und Sachstände bestimmt werden. So legt ein Blick in die Datengrundlage ein Defizit in der Wasserspeicherung der letzten Jahre nahe. Weil das BKG bisher allerdings nur über zwei Teststationen verfügt, ist die Aussagekraft dieser Thesen lokal begrenzt. Das Bundesamt strebt deshalb an, ein deutschlandweites Messnetz zu etablieren. Im Zusammenspiel mit bereits vorhandenen Daten soll auf diese Weise ein umfassendes Bild des Grundwasserspiegels in Deutschland erstellt werden.

KRITIS bewertet

(BS) Der Koordinierungsstab der Bundesregierung zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS), welcher Ende Oktober eingesetzt wurde, will mit einem einheitlichen Verfahren mögliche Risiken für alle KRITIS-Sektoren identifizieren. Dies beschloss der Stab, bestehend aus Staatssekretärinnen und -sekretären der Bundesministerien.

Die Bewertung der Risiken soll anhand von möglichen Gefahrenszenarien vorgenommen werden. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) wird anschließend eine Gesamtbewertung durchführen, um zielgerichtet agieren zu können. Ebenso sollen die Ergebnisse auch den Schutz der Strukturen vor dem geplanten Inkrafttreten des KRITIS-Dachgesetz, welches von Staatssekretärin Juliane Seifert (SPD) auf dem Digitalen Katastrophenschutz-Kongress angekündigt wurde, verbessern. Die ersten Eckpunkte des Dachgesetzes sollen noch dieses Jahr dem Bundeskabinett vorgelegt werden.



Der KRITIS-Koordinierungsstab will die KRITIS einem Test unterziehen.

Foto: BS/Th G, pixabay.com

Neuer Technik-Vorsitz

(BS) Der Fachausschuss Technik der deutschen Feuerwehren, dem gemeinsamen Gremium der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) und des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), hat mit René Schubert einen neuen Vorsitzenden. Er folgt damit Christian Schwarze nach.

Schubert ist seit 2007 Leiter der Feuerwehr Ratingen. Zuvor war er Wachabteilungsleiter bei der Feuerwehr Essen. Seine Feuerwehrkarriere begann 1993 mit dem Eintritt in die Freiwillige Feuerwehr. 1999 begann er seine Ausbildung für den höheren feuerwehrtechnischen Dienst. Schubert ist zudem Vorsitzender des Kreisfeuerwehrverbandes Mettmann sowie Mitglied des Vorstandes des Verbands der Feuerwehren NRW (VdF NRW).

Bei der Übergabe des Vorsitzes wurde Schwarze vom DFV-Vizepräsidenten Lars Oschmann mit dem Deutschen Feuerwehr-Ehrenkreuz in Gold für sein langjähriges Engagement geehrt.



Der alte und der neue Vorsitzende: Christian Schwarze (Zweiter von links) und René Schubert (rechts).

Foto: BS/DFV

59. FF in Berlin

(BS) In Berlin gibt es jetzt fast 60 Freiwillige Feuerwehren. Im Ortsteil Wilmersdorf hat nun die 59. ihre Arbeit aufgenommen. Dabei handelt es sich um eine Wiedergründung.

Die neueste Freiwillige Feuerwehr hat die Kennung 3401 und verfügt über 26 Kräfte (22 Männer und vier Frauen). Die Wehr ist im Besitz eines Lösch- und Hilfeleistungsfahrzeuges sowie eines CBRN-Erkundungskraftwagens.

Wiedergründung der Wehr in Wilmersdorf

Berlins Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen erklärte: "Die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren leisten mit ihrem ehrenamtlichen Engagement einen wesentlichen Teil dazu bei, Menschen in Not zu helfen. Sie sind damit nicht nur eine unentbehrliche Stütze für die Berliner Feuerwehr, sondern ebenso für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt."



Im Berliner Ortsteil Wilmersdorf gibt es nun die 49. Freiwillige Feuerwehr stadtweit.

Foto: BS/Berliner Feuerwehr



Zukunft – Stadt und Region

Die neue Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel

Die Technik macht's
Moderne (Fahrzeug-)Technik in der Gefahrenabwehr

14.12.2022, 14.00 – 15.30

Mehr unter: www.neuestadt.org



Grafiken © VectorMine, stock.adobe.com

MHD warnt vor Unterversorgung

(BS) Der Malteser Hilfsdienst (MHD) warnt vor lokaler Unterversorgung im Rettungsdienst, sollte es keine "gravierenden Veränderungen" geben. Es werde neuen Lösungsansätzen zu wenig Raum gegeben und einzelne Akteure behindern eine Fortentwicklung, beklagt der nationale Leiter Rettungsdienst des MHD, Michael Schäfers.

"Das bisherige System der Notfall-Versorgung ist in weiten Teilen überholt. Die Menschen, die zwar schnell, aber einfache medizinische oder pflegerische Hilfe benötigen, müssen andere Angebote bekommen. Der losbrausende Rettungswagen als immer die gleiche Antwort auf einen eingehenden Anruf unter der 112 ist eine teure und oft falsche Antwort", erklärt Schäfers weiter.

Notarzteinsatz nur bei schweren Fällen

Er fordert, um der Unterversorgung entgegenzuwirken, sollen nur noch Notärzte, an denen es sowieso mangle, dort eingesetzt werden, "wo schwerwiegende Schäden für Leib und Leben drohen".

Zudem müsse als passendere Reaktion auf den Hilferuf einer pflegebedürftigen Person ein medizinisch oder pflegerisch versierter Gesprächspartner eingesetzt werden. Eine Notfall-Pflege in den eigenen vier Wänden sei zielführender als ein Aufenthalt im Krankenhaus.

Die Hilfsorganisation kündigte an, praktische Vorschläge für eine bessere präklinische Gesundheitsversorgung in einem Expertenrat erarbeiten zu wollen. "Wir möchten in einem halben Jahr praktikable Lösungen auf den Tisch legen, um unseren Beitrag zur Rettung des Rettungswesens zu leisten", skizziert der nationale Leiter Rettungsdienst die Zielstellung.

Meldungen über überlastete Rettungs-



Der MHD befürchtet eine schlechte Notfallversorgung in Deutschland.

Foto: BS/Bsikap-Klawon

dienste machen seit Mitte dieses Jahres vermehrt die Runde. Über die Hintergründe zum Personalmangel bei Feuerwehren und die Reaktionen des Berliner Senats auf die Probleme in der Hauptstadt finden sich in der September-Ausgabe des Behörden Spiegel auf [Seite 43](#) und auf [Seite 50](#)

ProPress

Verlagsgesellschaft mbH

Die ProPress Verlagsgesellschaft mbH ist ein Medienunternehmen für den Öffentlichen Sektor. Sie gibt den Behörden Spiegel, die auflagenstärkste unabhängige Zeitung für den Öffentlichen Dienst in Deutschland heraus (103.000 Exemplare, IVW-geprüft). Die Behörden Spiegel-Gruppe veröffentlicht neben der seit 38 Jahren monatlich erscheinenden Zeitung zahlreiche Publikationen für den Bereich der öffentlichen Verwaltung, vier digitale Newsletter und vier Podcasts. Parallel richtet der Verlag eine Vielzahl analoger und digitaler Kongresse mit internationaler Beteiligung sowie analoge Tagesveranstaltungen und Webkonferenzen aus. Dazu zählt der Europäische Polizeikongress, der Digitale Staat, die Berliner Sicherheitskonferenz und zahlreiche Digitalisierungskongresse auf Länderebene sowie kleinere Ein-Tagesveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet. Mit dem Digitalen Staat Online hat der Verlag während der Corona-Pandemie das zentrale Medium zum Meinungs austausch im Öffentlichen Dienst mit annähernd 400.000 Nutzern geschaffen. Mit hunderten Seminaren und Webinaren gehört die Behörden Spiegel-Gruppe zudem zu den großen Weiterbildungsanbietern für den Öffentlichen Dienst.

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt für unseren Standort Bonn eine/n

Kongressmanager, (m/w/d) Innere Sicherheit

IHRE AUFGABEN:

- Organisation von regionalen, nationalen und internationalen Kongressmessen (real/digital/hybrid) mit mehreren Tausend Teilnehmenden
- Gewinnung von Referenten für die Kongressmessen
- Kommunikation mit Referenten, Ausstellern, Sicherheitsbehörden und Hallenbetreibern
- Inhaltliche Vorbereitung von Programmheften
- Interne Abstimmungen mit Redaktion, Vertrieb und Grafik/Layout

WIR BIETEN:

- Optionen zur persönlichen Entfaltung und kollaborativen Zusammenarbeit
- Die Möglichkeit zur Weiterbildung
- Eine gute und kollegiale Arbeitsatmosphäre in einem netten dynamischen Team
- Ein abwechslungsreiches Aufgabenspektrum
- Kurze Entscheidungswege und eine flache Abteilungshierarchie

- Eine wichtige Schnittstellenfunktion innerhalb der gesamten Unternehmensgruppe und Sichtbarkeit in der jeweiligen Kongressbranche

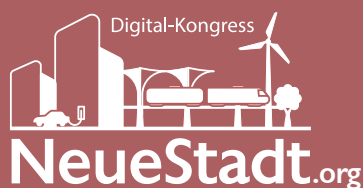
IHR PROFIL:

- Abgeschlossene kaufmännische Berufsausbildung oder vergleichbarer Abschluss
- Sehr gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift sowie gute Englischkenntnisse
- Sie haben eine Affinität für Themen rund um den Öffentlichen Dienst, die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik
- Idealerweise Vorkenntnisse im Themenfeld Innere Sicherheit
- Strukturierte, selbstständige und lösungsorientierte Arbeitsweise
- Erfahrung im Projektmanagement und besitzen Organisationsgeschick
- Hohe Belastbarkeit und Reisefreudigkeit
- Sicherer Umgang mit MS Office, insbesondere Excel und Teams

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann senden Sie uns ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen inkl. Startbeginn an Bewerbung mit Lebenslauf und Zeugnissen bitte an:

bewerbung@behoerendenspiegel.de
 ProPress Verlag GmbH
 Friedrich-Ebert-Allee 57
 53113 Bonn

Jetzt bewerben!



7. Dezember 2022



Grafik: © VectorMine, stock.adobe.com

Klimaschutz und Infrastruktur – von der Agenda zur Umsetzung

- **fast 100 Referenten/-innen aus kommunaler Praxis, Politik, Wissenschaft und (Kommunal-)Wirtschaft**
- **Hauptprogramm und parallele Fachforen, Workshops und Breakouts**
- **Networking mit den Referenten/-innen und anderen Teilnehmenden in der Weblounge**

 neuestadt.org/kongress



Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Benjamin Hilbricht, Marco Feldmann, Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Matthias Lorenz, Sven Rudolf, Paul Schubert, Marlies Voßebreckner. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Tim Rotthaus. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.